



Detailansicht des Registereintrags

Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl)

Stand vom 18.09.2025 09:25:59 bis 29.09.2025 10:56:47

Nicht rechtsfähiger Verein

Registernummer:	R002425
Ersteintrag:	01.03.2022
Letzte Änderung:	18.09.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	19.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/ verein
Kontaktdaten:	Adresse: Wirtschaftsvereinigung Stahl Französische Straße 8 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493023255460 E-Mail-Adressen: info@wvstahl.de Webseiten: https://www.wvstahl.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2.250.001 bis 2.260.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

9,75

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Gunnar Groebler**
Funktion: Präsident
2. **Kerstin Maria Rippel LL.M**
Funktion: Hauptgeschäftsführerin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (16):

1. **Tobias Aldenhoff**
2. **Achim Beerheide**
3. **Gerhard Endemann**
4. **Roderik Hömann**
5. **Dr. Matthias Messner**
6. **Henning Reichenbacher**
7. **Fabian Urbeinczyk**
Tätigkeit bis 12/21:
Studentischer Mitarbeiter
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
8. **Dr. Katharina Böcker**
Tätigkeit bis 04/23:
Büroleiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
9. **Clara Oldenburg**
10. **Dr. Yannik Sparrer**
11. **Malte Heimbächer**
12. **Susan Saß**
13. **Charlotte Zinke**
14. **Marvin Bender**
15. **Gunnar Groebler**
16. **Kerstin Maria Rippel LL.M**

Gesamtzahl der Mitglieder:

46 Mitglieder am 17.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (12):

1. BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.v.

2. Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
3. Netzwerk Zukunft der Industrie e. V.
4. Wirtschaftsforum der SPD e. V.
5. Wirtschaftsrat der CDU e. V.
6. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.
7. DIN e.V.
8. Energieintensive Industrien Deutschland (EID)
9. unternehmer nrw - Landesvereinigung der Unternehmerverbände Nordrhein-Westfalen e.V.
10. Initiative System Wasserstraße (isw)
11. Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.
12. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (23):

Außenpolitik; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Rechtspolitik; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl vertritt die kollektive Stimme der deutschen Stahlindustrie, die sich verpflichtet hat, bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Diese ehrgeizige Verpflichtung hat das Potenzial, etwa ein Drittel der gesamten industriellen Treibhausgasemissionen in Deutschland zu vermeiden.

Der 1874 gegründete Verband mit Sitz in Berlin setzt sich für die Gestaltung politischer Rahmenbedingungen ein, die den Übergang zu einem klimaneutralen Stahlsektor unterstützen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Branche sichern. Deutschland ist mit einer Jahresproduktion von rund 37,2 Millionen Tonnen führend in der Stahlerzeugung in Europa. Die von der Wirtschaftsvereinigung Stahl vertretenen Branchen bilden das Rückgrat zahlreicher Wertschöpfungsketten, darunter die Automobilindustrie und der Maschinenbau. Stahl spielt eine entscheidende Rolle bei den Technologien der Energiewende, etwa bei Offshore-Windkraftanlagen und Strommasten. Fast 70 Prozent der deutschen Exporte bestehen aus stahlintensiven Produkten. Der Verband bringt seine umfassende Expertise in der Energie-, Klima-, Wirtschafts-, Handels-, Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik in den Dialog auf Bundes-, Landes- und EU-Ebene ein. Durch strategische Kommunikationsinitiativen sorgt er dafür, dass die Rolle der Stahlindustrie in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Als wichtiger Interessenvertreter ist die Wirtschaftsvereinigung Stahl Mitglied im Bundesverband

der Deutschen Industrie (BDI), in der Europäischen Stahlvereinigung (EUROFER) und in der World Steel Association (worldsteel). Sie arbeitet auch mit der Plattform der energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) und dem Bündnis Zukunft der Industrie zusammen.

Konkrete Regelungsvorhaben (29)

1. Verbesserte Ausgestaltung des EU-Grenzausgleichs (CBAM)

Beschreibung:

Die WV Stahl arbeitet auf Verbesserungen der Gestaltung und Wirkungsweise der geplanten EU-Grenzausgleichsmaßnahmen (CBAM) hin. Der Fokus liegt hierbei auf einer Einbeziehung von Exporten, der Erweiterung der einbezogenen Branchen sowie der Verhinderung von Umgehungstatbeständen.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406280069 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 16.04.2024 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

2. SG2412180079 (PDF - 18 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Ausweitung der bestehenden EU-Sanktionen gegen Importe russischer Stahlerzeugnisse

Beschreibung:

Die WV Stahl setzt sich für die Erweiterung der bestehenden EU-Sanktionen gegen Importe russischer Stahlfertigerzeugnisse auf alle Stahlprodukte, auch Zwischenerzeugnisse (sog.

Halbzeug), für die derzeit Ausnahmen bestehen, ein. Ziel ist ein konsequentes Importverbot für alle russischen Stahlerzeugnisse. Zudem soll eine Umgehung der bestehenden Maßnahmen verhindert werden und die damit einhergehende Wettbewerbsverzerrungen auf dem europäischen Markt eingedämmt werden.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406280032](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Versendet am 19.04.2024 an:

Bundestag

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

3. [Verbesserung der Außenpolitischen Absicherung für die Transformation der Stahlproduktion](#)

Beschreibung:

Die in der Transformation stehende Stahlindustrie benötigt eine sofortige eine Verbesserung der bestehenden bzw. Schaffung neuer Werkzeuge, um den wachsenden Herausforderungen (graue Überkapazitäten, Importdruck, fehlende Resilienz, etc.) effizient zu begegnen. Die WV Stahl setzt sich als Stimme der Stahlindustrie dafür gegenüber der Bundesregierung ein, sich bei der Europäischen Kommission für entsprechende Verbesserungen einzusetzen. Die EU braucht ein neues außenhandelspolitisches Konzept.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406250174](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.04.2024 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [\[alle SG dorthin\]](#)

Versendet am 23.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Versendet am 18.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2409300037](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. Entwicklung grüner Leitmärkte für klimafreundlichen Stahl

Beschreibung:

Die WV Stahl arbeitet darauf hin, dass eine erste verlässliche Nachfrage nach CO₂-reduziertem Stahl mit Hilfe regulatorischer Anreize geschaffen wird. Diese regulatorischen Anreize braucht es als Brücke, bis emissionsarme Produktion die Norm sind.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#);
Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406280036](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.04.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. SG2409270084 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

5. Begleitung der Genehmigungsverfahren für DRI-Anlagen

Beschreibung:

Die WV Stahl setzt sich für ein bundeseinheitliches und europäisch harmonisiertes Vorgehen für die Genehmigung der unterschiedlichen, im Wesen aber technisch einheitlichen DRI-Anlagen ein. DRI-Anlagen sollten genehmigungsrechtlich als Anlagen zur Herstellung von Eisen und Stahl eingestuft werden. Zudem sollten Genehmigungsbehörden bei der Genehmigung von DRI-Anlagen bundeseinheitlich vorgehen. Hierfür sind gegebenenfalls Klarstellungen in den bundesimmissionsschutzrechtlichen Vorgaben notwendig.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchV 13 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250138 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. Angestrebte Verbesserungen in der Wirtschaftspolitik auf nationaler und europäischer Ebene

Beschreibung:

Die WV Stahl setzt sich für eine Verbesserung der Wirtschaftspolitik ein. Themen sind insbesondere der Außenhandel: EU-Safeguards verlängern, Handelsschutzinstrumente konsequent nutzen, Carbon Leakage verhindern, sektorale Abkommen schaffen; Sanktionen gegen Rußland: Regelungslücken schließen; Energiepolitik: Wettbewerbsfähige Strompreise sichern.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406280027](#) (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2412180082](#) (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.10.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

7. **Staatliche Regelung zur Absenkung der Übertragungsnetzentgelte auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau**

Beschreibung:

Wiedereinführung des Zuschusses zu Übertragungsnetzentgelten. Die staatliche Beteiligung an den Kosten und Zukunftsinvestitionen für Stromnetze und andere Infrastrukturen ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und sollte Kernelement einer strategischen Standortpolitik sein.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Energie" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2406280148](#) (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2406280149](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. [SG2412180084](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.11.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

8. **Strompreiskompensation: hier Verfügbarkeit prüfungsbefugter Stellen für ökologische Gegenleistungen**

Beschreibung:

Verlängerung der Umsetzungsfrist für die Angaben und Erklärungen von Unternehmen zu ökologischen Gegenleistungen, Verschiebung der Regelung um ein Jahr oder Gewährung eines alternativen Weges für die Bestätigung.

Betroffenes geltendes Recht:

BECV [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406280156](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

9. **Einsatz für eine gebotene Kraftwerksstrategie**

Beschreibung:

Die WV Stahl setzt sich für Ausschreibung von Leistung in ausreichendem Umfang ein. Zudem wird ein Marktbasiertes System benötigt, das zum einen die Verlässlichkeit und

Sicherheit von Stromversorgung und Stromnetz garantiert, zum anderen aber auch den Strom nicht weiter verteuert.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Energienetze [[alle RV hierzu](#)]; Fossile Energien [[alle RV hierzu](#)]; Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Energie" [[alle RV hierzu](#)]

10. **Einwirken auf wettbewerbsfähige Preise bei der Grünstromversorgung**

Beschreibung:

Staatliche Unterstützung für den Abschluss grüner PPAs für die Industrie, unter anderem durch eine staatliche Risiko-Absicherung sowie Netzentgeltentlastungen auch bei größeren Entfernungen. Industriestrompreis durch Kombination eines Grünstrompools mit Back-Up-Kapazitäten.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Energienetze [[alle RV hierzu](#)]; Erneuerbare Energien [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Energie" [[alle RV hierzu](#)]

11. **Nationale Umsetzung der RED III**

Beschreibung:

WV Stahl setzt sich für die Umsetzung der Industrieunterquote auf mitgliedersstaatlicher Ebene, verbunden mit einem kohärenten Förderrahmen und möglichst schlanken Berichtspflichten, ein.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/11226 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze und zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes
Zuständiges Ministerium: [BMWK \(20. WP\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Energienetze [[alle RV hierzu](#)]; Erneuerbare Energien [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]

12. **Einsatz für die Sicherung einer leistungsfähigen Wasserstoffversorgung, hier Wasserstoffkernnetz und -importstrategie**

Beschreibung:

Schneller und planungssicherer Aufbau des Wasserstoffkernnetzes sowie Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Entgeltssystematik.

Geeignete Strategie festlegen, Rahmen- und Anreizsetzung für den Aufbau von Importstrukturen für Wasserstoff nach Deutschland

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Immissionsschutz [[alle RV hierzu](#)]; Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Energie" [[alle RV hierzu](#)]

13. Überarbeitung der Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie, um bessere Bedingungen für die Stahlindustrie zu erreichen

Beschreibung:

Die nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie sollte die Wechselwirkung der verschiedenen Regelungsbereiche stärker berücksichtigen und eine ganzheitliche Denkweise anwenden. Zielvorgaben müssen wiederkehrend geprüft und flexibel materialspezifisch angepasst werden, insbesondere die Einsatzquoten für Rezyklate. Nationale Regelungen müssen marktgerechte Rahmenbedingungen schaffen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken. Die öffentliche Beschaffung sollte als Hebel genutzt werden, um das zirkuläre Wirtschaften zu fördern. Bevor neue Regelungen geschaffen werden, sollten bestehende Rechtsnormen konsequent umgesetzt werden.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2407160019](#) (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

14. Anpassung der Anforderungen an die Renewable Energy Directive III

Beschreibung:

Die von der RED III vorgegebene Industrieunterquote von 42 % RFNBO bis 2030 ist äußerst ambitioniert. Ein kohärenter Förderrahmen und die Ausschöpfung der verfügbaren Transformationspotenziale in der Industrie sind daher eine zwingende Voraussetzung für die Quotenerfüllung. Die Quote soll auf Mitgliedstaaten und nicht auf Unternehmen bezogen werden. Es muss verhindert werden, dass die Nutzung anderer kohlenstoffarmer Wasserstoffe konterkariert wird. Eine Erfüllung der Quote funktioniert nur unter Ausschöpfung der Ausnahmen.

Monitoring und Berichtspflichten sind minimal zu halten, um weitere Belastungen zu vermeiden.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Energie" [\[alle RV hierzu\]](#)

15. Bundeshaushalt 2025

Beschreibung:

Die WV Stahl setzt sich für die Sicherstellung der Finanzierung der industriellen Transformation ein, u.a. durch den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, Senkung der Netzentgelte, Sicherung und Fortführung von Strompreisentlastungen, staatliche Unterstützung des Abschlusses grüner PPAs sowie wettbewerbsfähige Industriestrompreise.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12400 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409270079 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Versendet am 19.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

16. Einführung des Vergabetransformationsgesetz, um grüne Leitmärkte zu etablieren

Beschreibung:

Vergaberechtliche Regelungen auf die auf die Etablierung grüner Leitmärkte ausrichten, u.a. durch verbindliche Vorgaben für die Verwendung CO₂-reduzierter Produkte und Verankerung neuer Vorgaben in der Vergabepaxis über entsprechende amtliche Orientierungshilfen; Erweiterung der „Nachhaltigkeitsliste“ um CO₂-reduzierte Stahlprodukte; Erweiterung der Vorgabe zur Einbeziehung umweltbezogener Aspekte (§ 120a GWB n.F.) um die verpflichtende Berücksichtigung von Nicht-Preis-Kriterien (Kreislauffähigkeit der verwendeten Materialien und Gegenwert der CO₂-Reduktion) anhand eines objektiven und zertifizierbaren sowie mit dem EU-Recht kompatiblen Standards; Schaffung europäische grüner Leitmärkte mit Local Content Vorgaben.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14344 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Transformation des Vergaberechts (Vergaberechtstransformationsgesetz - VergRTransfG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Transformation des Vergaberechts (Vergaberechtstransformationsgesetz - VergRTransfG) (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu];
Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503250005 (PDF - 17 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

17. Einwirken auf EU-Gesetzgebung zur Änderung der Leitlinien für Datenerhebung und Ausarbeitung der BVT-Merkblätter (2012/119/EU)

Beschreibung:

Wir setzen uns für eine bessere Rechtssetzung bei der Änderung der EU-Richtlinie 2012/119 /EU ein.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412180075 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

18. Zeitnahe Überprüfung der Betriebskostenförderrichtlinie für den Einzelwagenverkehr auf Effizienz und Anpassung zugunsten der beteiligten Güterbahnen

Beschreibung:

Die WV Stahl möchte anregen, die Betriebskostenförderrichtlinie für den Einzelwagenverkehr zeitnah auf Effizienz zu überprüfen und in einem konkreten Punkt

zugunsten der beteiligten Güterbahnen anpassen zu lassen. Es wird besorgt, dass die Förderung ein wesentliches Förderziel nicht erreichen könnte.

Interessenbereiche:

Verkehrspolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503250006](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)

[[alle SG dorthin](#)]

19. **Forderungen der Stahlindustrie in Deutschland für die 21. Legislaturperiode**

Beschreibung:

Die Stahlindustrie benötigt politisches Handeln, um erfolgreich zu einer klimaneutralen Produktion und emissionsreduzierten Produkten zu transformieren. Es ist wichtig, die ambitionierten Klimaziele mit dem politischen Willen zu verbinden, die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie in Deutschland und Europa zu sichern. Standortnachteile und unfaire Marktbedingungen müssen angegangen werden. Eine neue Regierung sollte sowohl mittel- und langfristige Strategien entwickeln als auch in den ersten 100 Tagen sofortige Maßnahmen ergreifen, um irreversible Schäden zu vermeiden.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Außenpolitik [[alle RV hierzu](#)]; Energienetze [[alle RV hierzu](#)]; Erneuerbare Energien [[alle RV hierzu](#)]; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [[alle RV hierzu](#)]; Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Politisches Leben, Parteien [[alle RV hierzu](#)]; Rechtspolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2503250008](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

2. [SG2503250009](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

20. Überarbeitung der EU-Vergaberichtlinien

Beschreibung:

Die WV Stahl wirkt auf die Überarbeitung der EU-Vergaberichtlinien hin und will damit erreichen, dass die EU eine Vorreiterrolle einnimmt, um den nationalen Gesetzgeber dazu zu bewegen auch das nationale Vergaberecht zu reformieren. Besonders wichtig ist dieses Unterfangen, um (europäische) Leit- oder Pioniermärkte für emissionsarmen Stahl zu entwickeln und Nachhaltigkeitskriterien verpflichtend in das Vergaberecht zu implementieren.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

21. Zügige Umsetzung der Vorschläge des Steels and Metals Action Plans

Beschreibung:

Der Aktionsplan, ergänzt den Clean Industrial Deal und den Action Plan for Affordable Energy mit spezifischen Maßnahmen zur Unterstützung der Stahl- und Metallindustrie bei der Dekarbonisierung. Wir wirken auf die außenhandelspolitischen Vorschläge der Europäischen Kommission hin, die den Forderungen der Stahlindustrie entgegenkommen. Die Ankündigungen zur Energiepreisentlastung sind derzeit vage und unzureichend. Die geplanten Leitmärkte sind zu abstrakt und es mangelt an verbindlichen Labels für grüne Produkte, während der Low Emission Steel Standard (LESS) nicht ausreichend berücksichtigt wird.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenpolitik [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503260070 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

22. Clean Industrial Deal: Hinwirken auf eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Stahlindustrie

Beschreibung:

Die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Industrie ist zentrales Leitbild der zweiten Amtszeit von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. In ihren Politischen Leitlinien hat sie einen Clean Industrial Deal angekündigt, mit dem die Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Industrie verbessert werden sollen. Insbesondere ein Industrial Decarbonisation Accelerator Act soll als Rechtsakt die Industrie während ihres Umbaus zur Klimaneutralität unterstützen. Den Mission Letters der

Kommissionspräsidentin ist zu entnehmen, dass ein konkreter Steel and Metals Action Plan erarbeitet werden soll.

Interessenbereiche:

Außenpolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503260071 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

23. Schaffung einer verbesserten Rechtsgrundlage für staatliche Beihilfen von Unternehmen (Clean Industrial State Aid Framework)

Beschreibung:

Der CISAF sollte genutzt werden, um eine verbesserte europäische Grundlage zu schaffen, mit einer deutlichen Vereinfachung und Entbürokratisierung für Mitgliedstaaten und Unternehmen und praktikablen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von staatlichen Beihilfen in den Bereichen Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien; zur industriellen Dekarbonisierung und zur Sicherstellung ausreichender Produktionskapazitäten für saubere Technologien.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenpolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

24. Hinwirken auf die Begrenzung der Übertragungsentgelte

Beschreibung:

Die WV Stahl sieht eine enorme Belastung der Wettbewerbsfähigkeit durch zu hohe Übertragungsnetzentgelte. Mögliche Sofortmaßnahmen aus unserer Sicht sind den Stabilisierungszuschuss wieder einzuführen und die transformationsbedingten Kosten von Netzentgelten zu lösen und staatlich zu finanzieren. Erster Schritt: Wiedereinführung des staatlichen Zuschusses i.H. von 5,5 Mrd. € mit Rückwirkung zum 1.1.2025.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

25. Verlässliche Fortführung der Strompreiskompensation und Stromsteuersenkung (über 2030)

Beschreibung:

Die WV Stahl setzt sich gegen die weitere Abschmelzung der Strompreiskompensation ein und dafür, dass diese über 2030 fortgeführt wird. Zudem setzt sie sich für die Entfristung der Stromsteuersenkung ein.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

26. Maßnahmen für einen Industriestrompreis (Grünstrompool und Back-Up-Kapazitäten)

Beschreibung:

Für die Industrie sollte der Aufbau eines Grün-strom-Pools geprüft werden – ergänzt durch netzdienliche Kapazitäten zur Deckung des Bedarfs in wind- und sonnenschwachen Zeiten.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

27. Begrüßung des Referentenentwurfs zum Sondervermögen Infrastruktur (SVIKG) und Forderung dessen schnelle Umsetzung

Beschreibung:

Stahl und mit ihm das gesamte Wertschöpfungsnetzwerk in Deutschland und Europa sind für den Infrastrukturbau – für Schienen, Brücken, Strom-, Gas- und Wasserstoffnetze, Hoch- und Tiefbau – unerlässlich. Zusätzlich muss in Zeiten sich ständig zuspitzender geopolitischer Verwerfungen dem Gedanken verlässlicher, lokaler Wertschöpfungsketten eine besondere Bedeutung gegeben werden. Und deshalb muss die Umsetzung von Infrastrukturprojekten aus unserer Sicht mit der Stahlproduktion vor Ort zusammengedacht werden. Das SVIKG eröffnet die Chance, die Ziele mit der Stärkung von Konjunktur, Wirtschaftswachstum, regionaler industrieller Wertschöpfung zu verbinden, und die strategische Resilienz und den Umbau zur Klimaneutralität zu unterstützen und sollte auch dafür genutzt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/779 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG)

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle

RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu];
Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu];
Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506250013 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

28. **"Investitionsbooster" mit European Content verbinden (Investitionssofortprogramm)**

Beschreibung:

Die WV Stahl begrüßt diese Initiative v.a. die ab Juli 2025-Ende 2027 vorgesehene degressiven Abschreibungen (AfA) für Investitionen können gesamtwirtschaftlich einen wichtigen Beitrag erbringen, die Rentabilität von Investitionen und die Liquidität zu erhöhen und auf die-se Weise Investitionsanreize zu setzen. Auch die langfristige Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 10 % bis 2032 wird insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes verbessern. Aus Sicht der Stahlindustrie kann dies jedoch nur ein Schritt auf dem Weg zur Sicherung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit sein. Darüber hinaus bleiben umfassende Maßnahmen zur außenhandelspolitischen Absicherung, der Senkung der Energiekosten und der Flankierung der Dekarbonisierungsbemühungen der Unternehmen entscheidend.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland

Datum des Referentenentwurfs: 04.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506250014 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

29. Verbindung von Nachhaltigkeitskriterien und Local-Content-Anforderungen mit dem Vergabebeschleunigungsgesetz (RefE)

Beschreibung:

Drucksachennummer: 380/25. Der Entwurf schafft entsprechend mit § 113 Abs. 1 Nr. 9 GWB eine Ermächtigungsgrundlage für die BuReg zum Erlass einer Rechtsverordnung, um verpflichtende Anforderungen an die Klimafreundlichkeit bei der Beschaffung festlegen zu können und so Leitmärkte zu entwickeln. Von Bedeutung ist, zu gewährleisten, dass von der gesetzlich verankerten Ermächtigung zeitnah Gebrauch gemacht wird; dass die Klimafreundlichkeit bei der Beschaffung daran geknüpft wird, dass die dafür verwendeten emissionsarmen Grundstoffe in Deutschland und der EU produziert werden und dass schließlich die Beschaffung klimafreundlicher Leistung aus heimischer Produktion in Deutschland und der EU verbindlich in geltendes Recht auf Bundes-, Landes-, und Kommunalebene überführt wird.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabebeschleunigungsgesetz) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 24.07.2025

Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

8.690.001 bis 8.700.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. ArcelorMittal Bremen GmbH
2. thyssenkrupp Steel Europe AG